

WPS 147

Berlin, 31. Juli 2017

Deutscher Verband für Physiotherapie (ZVK)e.V.

(Arbeitsgemeinschaft der Medizinalfachberufe in der Therapie und Geburtshilfe (AG MTG) /
Hochschulverbund Gesundheitsfachberufe (HVG) /
Verbund für Ausbildung und Studium in den Therapieberufen (VAST).

Frage 1:

Was werden Sie und Ihre Partei unternehmen, um dem Fachkräftemangel in den Gesundheitsfachberufen entgegenzuwirken bzw. die Patientenversorgung der Zukunft zu sichern?

Antwort:

Die Fachkräftesituation ist im gesamten Gesundheitswesen angespannt. Und auch zukünftig werden wir einen weiter wachsenden Bedarf haben. Dies schließt die Gesundheitsfachberufe ein. Ein wesentlicher Baustein zur Fachkräftesicherung ist eine bessere Bezahlung. Die SPD hat sich lange dafür eingesetzt, dass Heilmittelleistungen insgesamt besser vergütet und in Praxen angestellte Therapeutinnen und Therapeuten besser bezahlt werden. Mit dem Heil- und Hilfsmittelversorgungsstärkungsgesetz konnten wir in dieser Legislaturperiode dafür wichtige Weichen stellen. Wir setzen auf gute Tarifabschlüsse und eine Steigerung der Effizienz im Gesundheitswesen zur Entlastung der Beschäftigten. In einer angespannten Fachkräftesituation wird es aber immer auch darauf ankommen, dass auch die Arbeitgeber für gute Arbeitsbedingungen und damit für eine hohe Attraktivität der Beschäftigung Sorge tragen. In anderen Bereichen, wie beispielsweise bei der Verbesserung des Zugangs zur Ausbildung und Steigerung ihrer Attraktivität oder bei der Frage nach einer stärkeren Anerkennung der therapeutischen Berufe durch eine verantwortungsvollere Einbindung in die Versorgung, liegen die Aufgaben weiterhin auf dem Tisch. Die SPD sieht hier einen gesundheitspolitischen Schwerpunkt für die kommende Legislaturperiode.

Frage 2:

Was werden Sie und Ihre Partei tun, um Auszubildende in den oben benannten Berufsgruppen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht von der Ausbildung (berufsfachschulischer sowie hochschulischer) auszuschließen?

Antwort:

Wir wollen die verschulden Berufe möglichst bald in das duale System mit Ausbildungsvergütung und Schulgeldfreiheit beziehungsweise in duale Studiengänge überführen und das Ausbildungsangebot stärken. Mit einer Mindestausbildungsvergütung (tarifliche Lösungen haben Vorrang) wollen wir Eigenständigkeit während der Ausbildung ermöglichen. In jeder Lebensphase muss es zudem finanziell möglich sein, zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu wechseln. Wir tragen Sorge dafür, dass Bildungs- und Ausbildungschancen nicht vom Wohnort der Eltern abhängen. Neben einer Ausweitung des öffentlichen und sozialen Wohnungsbaus

wollen wir gezielt in Studierenden- und Auszubildendenwohnheime investieren, um junge Menschen bei ihren ersten Schritten außerhalb des Elternhauses zu unterstützen.

Frage 3:

Inwieweit werden Sie und Ihre Partei sich für die Revisionen der Berufsgesetze in Bezug auf zeitliche und inhaltliche Umsetzung unter der Beteiligung der jeweiligen Verbände einsetzen?

Antwort:

Die Überarbeitung der Berufsgesetze ist überfällig und in der kommenden Legislaturperiode dringend anzugehen. Dafür wird sich die SPD einsetzen. In welchem Umfang eine Akademisierung der therapeutischen Berufe für eine gute und zeitgemäße Versorgung von Patientinnen und Patienten sinnvoll und notwendig ist, muss gut abgewogen werden. Es kann sicher nicht darum gehen, an historisch gewachsenen Zuständigkeiten und Aufgabenzuweisungen festzuhalten. Es ist aber notwendig, die Wirkungen und den Nutzen einer vollständigen Akademisierung für die Versorgung von Patientinnen und Patienten sowie für die Berufsangehörigen selbst zu prüfen und zu diskutieren. Es ist bedauerlich, dass wir in dieser Legislaturperiode in dieser Diskussion nicht weitergekommen sind und eine weitere Verlängerung der geltenden Modellregelungen für die Akademisierung der Ergotherapie, Logopädie und Physiotherapie hinnehmen mussten. Die SPD wird diesen Prozess aber auf Grundlage der bereits vorhandenen Evaluationsergebnisse weiter vorantreiben, zumal etwa für die Hebammenausbildung aus europäischem Recht schon die Notwendigkeit einer vollständigen Akademisierung der Ausbildung besteht.

Frage 4:

Welche konkreten Maßnahmen werden Sie innerhalb der nächsten vier Jahre ergreifen, um zum Aus- und Aufbau der Forschung in den oben benannten Gesundheitsfachberufen beizutragen?

Antwort:

Die SPD setzt sich seit Jahren für eine stärkere Förderung von Versorgungsforschung ein. Wir wissen vergleichsweise viel über die Entstehung und Vermeidung von Krankheiten, aber noch zu wenig über den Erhalt oder die Wiederherstellung von Gesundheit. In unserer Gesellschaft des längeren Lebens werden auch die Bedeutung und der Bedarf an guter Versorgung in den Leistungsbereichen der verschiedenen Gesundheitsfachberufe weiter steigen. Mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz haben wir in dieser Legislaturperiode einen Innovationsfonds eingeführt, der finanzielle Mittel des Gesundheitsfonds für die Erprobung innovativer Versorgungsformen und Projekte der Versorgungsforschung vergibt. Auch die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung initiierte Förderinitiative „gesund- ein Leben lang“, mit der Forschung zu Gesundheitsförderung, Prävention und Versorgung an Lebensphasen ausgerichtet wird, ist ein wichtiger Schritt. Außerdem stärkt das Bundesministerium für Bildung und Forschung diesen Bereich mit seinem im Dezember 2014 veröffentlichten Aktionsplan Versorgungsforschung „nah am medizinischen Alltag“ und investiert im Zeitraum von 2015 bis 2018 rund 50 Millionen Euro in die Versorgungsforschung. Wir werden prüfen, ob und inwieweit sich die Gesundheitsfachberufe in diesen Initiativen wiederfinden und welcher Bedarf an politischer Unterstützung zur Stärkung von Forschungsstrukturen für die Gesundheitsfachberufe darüber hinaus weiterhin besteht.

Frage 5:

Wie werden Sie und Ihre Partei das innerhalb der EU formulierte Ziel der Harmonisierung im Hochschulraum umsetzen und wie gehen Sie und Ihre Partei damit um, dass Berufsangehörige deutscher Gesundheitsfachberufe in Europa die einzigen sind, die ohne akademischen Abschluss im Gesundheitswesen arbeiten?

Antwort:

Die SPD steht hinter dem Ziel des Bologna-Prozesses einer europaweiten Harmonisierung von Studiengängen und –abschlüssen, die auf die Schaffung eines einheitlichen Europäischen Hochschulraums gerichtet ist. Der gemeinsame Hochschulraum hat sich zu einer Erfolgsgeschichte in den Grenzen Europas und darüber hinaus entwickelt. Jedes Jahr nutzen hunderttausende junge Menschen die Möglichkeit, während Ihres Studiums im Ausland neue Erfahrungen und Erkenntnisse zu gewinnen. Mit dem Antrag „Qualität von Studium und Lehre im internationalen Wettbewerb sichern – Den Europäischen Hochschulraum erfolgreich gestalten“ vom 5. Mai 2015 haben wir diesen Prozess begleitet. Die Akademisierung von Gesundheitsfachberufen ist aus Sicht der SPD mit Chancen und mit Herausforderungen verbunden. Auf der einen Seite steigen der Fachkundebedarf und der damit verbundene Modernisierungsbedarf für alle Gesundheitsfachberufe. Auf der anderen Seite wissen wir, dass diese Entwicklung auch zu einer gespannteren Situation bei der Verfügbarkeit von Fachkräften in vielen Gesundheitsberufen beiträgt. Wir wissen, dass wir in Zukunft mehr und gut ausgebildete Fachkräfte in den therapeutischen Berufen brauchen und dass wir bereits heute auf Fachkräftemangel reagieren müssen. Es ist deshalb wichtig, die kommende Legislaturperiode für die Überarbeitung der Berufsgesetze zu nutzen und in diesem Zusammenhang die auch Frage der Akademisierung eingehender zu beraten. Es wird darauf ankommen, die Attraktivität des ursprünglichen Gesundheitsfachberufes zu fördern, ohne die Durchlässigkeit oder Weiterentwicklungschancen für die Fachkräfte einzuschränken.